

## **Zur Aktualität des Begriffs „Technischer Staat“**

---

Prof. Dr. Richard Saage, geb. 1941 in Tülan (Niedersachsen), Studium der Politik, Geschichte und Philosophie in Frankfurt/M. und Cambridge (USA), ist seit 1984 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

### I.

Der Begriff „Technischer Staat“ ist seit seinen Ursprüngen im politischen Denken Saint-Simons von der Erwartung geprägt worden, daß mit seiner Verwirklichung ein „nachgeschichtliches Zeitalter“ beginne. Bei Saint-Simon war das „Ende der Geschichte“ ein Ziel, das erst noch gegen die restaurativen Kräfte, die sich dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt in den Weg stellten, durchzusetzen war. Demgegenüber ging 150 Jahre später der ältere technokratische Konservatismus in Deutschland von der Annahme aus, daß der Begriff „Technischer Staat“ mit der Vollendung des unumkehrbaren Prozesses der kapitalistischen Industrialisierung längst zu einer sozio-politischen Realität geworden sei: der ihm zugeordnete Begriff „Post-histoire“ beschreibe in gültiger Weise den Zustand der gegenwärtigen Epoche. Tatsächlich haben Autoren wie Hans Freyer, Arnold Gehlen, Helmut Schelsky und Ernst Forsthoff nie einen Zweifel daran gelassen, daß in dem Maße, wie die „wissenschaftlich-technische Apparatur“ zum Kernbestand der modernen „Industriegesellschaft“ geworden ist, „der Überraschungsspielraum an grundsätzlich neuen Problemen“ immer kleiner werde.<sup>1</sup> In dieser alternativlos gewordenen Zukunft seien historische Transformationen wie die vom Feudalismus zur bür-

---

<sup>1</sup> Arnold Gehlen, Das Berufsbeamtentum in der modernen Gesellschaft, in: ders., Einblicke, Gesamtausgabe Bd. 7, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt am Main 1978, S. 166.

gerlichen Gesellschaft oder vom Kapitalismus zum Sozialismus veraltet. Fortschritt bedeute unter den Bedingungen des „nachhistorischen Zeitalters“ lediglich „Fortschritt in Richtung auf immer größere Rationalisierung des sozialen Apparates, Fortschritt in Richtung auf das Ideal, daß ein selbsttätig funktionierendes System der gesellschaftlichen Organisation, eine Art Fließband des sozialen Zusammenspiels die Menschen jeweils soviel heranholt, wie sie als Arbeitskraft oder als Konsument oder als Staatsbürger zum reibungslosen Ablauf des Ganzen gebraucht werden“.<sup>2</sup>

Es ist klar, daß die so verstandene „nachgeschichtliche Epoche“ der „ideologischen Sozialrevolution“<sup>3</sup> den Boden entzieht: Der Klassenkampf marxistischer Lesart, der auf eine konzeptionelle Veränderung der Grundlagen der Gesellschaft abzielt, hat innerhalb dieses Interpretationsmusters jede Bedeutung verloren. Möglich sind lediglich „Veränderungen, Reformen oder Ausbauten *innerhalb* dieses stationären Gefüges“, aber nicht „eine Umstellbarkeit dieses Gefüges selbst“.<sup>4</sup> Freilich haben die Vertreter des älteren technokratischen Konservatismus immer wieder auf den dynamischen Charakter der modernen „Industriegesellschaft“ hingewiesen. Doch diese Dynamik verlief in ihrer Sicht unterhalb der Ebene der „großen gesinnungshaf ten Prinzipienrevolution“.<sup>5</sup> Ihr Träger seien nicht Emanzipation einklagende Klassen oder Schichten; vielmehr müsse man „die dynamischen Zentren und vorwärtstreibenden Impulse“ in der Technik selbst suchen, genauer: in jenem „einzigartigen Bund von fortschrittlicher Wissenschaft, Technik und industrieller Anwendung von Technik“.<sup>6</sup> So gesehen hat die Technik im Weltbild des älteren technokratischen Konservatismus *Subjektcharakter* in zweierlei Hinsicht: Sie treibt nicht nur ihre eigene Weiterentwicklung autonom aus sich selbst hervor, so daß eine „selbstläufige“ Dynamik zu ihrem charakteristischen Signum wird.<sup>7</sup> Indem sie außerdem zum „movens“, also zur bewegenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung wird, tritt sie zugleich an die Stelle des Klassenkampfes des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, in dem Marx die vorwärtstreibende Kraft des historischen Fortschritts sah.

Ein folgenreiches soziologisches Lehrstück bestand in der These des älteren technokratischen Konservatismus, der wissenschaftlich-technische Fortschritt verändere nicht nur grundlegend die Stellung des einzelnen zum „Ganzen“ der Gesellschaft im Vergleich zur vorindustriellen Epoche; er habe auch die Struktur des Gemeinwesens beziehungsweise des Staates fundamental umgewälzt. Diesem Denkansatz liegt die Annahme zugrunde, daß der vom Menschen entwickelte Verbund Technik, Industrie und Naturwissen-

---

2 Hans Freyer, *Der Geist im Zeitalter der Technik*, in: *Wort und Wahrheit*, VII. Jg. (1952), S. 189.

3 Arnold Gehlen, *Die gesellschaftliche Situation unserer Zeit*, in: *Unser Standpunkt - unser Standort. Ansprachen und Vorträge auf der erweiterten Mitgliederversammlung der Landesverbände der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens e. V.*, Düsseldorf 1960, S. 50.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Ebd.

7 Vgl. statt vieler anderer Belege Hans Freyer, *Über das Dominantwerden technischer Kategorien in der Lebenswelt der industriellen Gesellschaft*, in: *Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse*, Jg. 1960, Nr. 7, Wiesbaden 1960, S. 543 ff.

schaften eine „allmächtige SuperStruktur“<sup>8</sup> aus sich hervortreibt, die „eine stählerne und drahtlose Hülle um den Erdball spinnt“.<sup>9</sup> „Die großen Superstrukturen der neuen Zivilisation“, so heißt es bei Gehlen, „verselbständigen und ‚entfremden‘ (Hegel, Marx) sich, sie zwingen das innere und äußere Verhalten der Menschen in die Form der Anpassung, ein Vorgang, der nur zum Teil willkürlich und kontrolliert vor sich geht, zum größten Teil aber unbewußt.“<sup>10</sup> Der einzelne erlebt die Vorgänge, die sich aus den sozialen, wirtschaftlichen und technischen SuperStrukturen heraus entwickeln, als einen unübersehbaren, schicksalhaften Entfremdungszusammenhang, dem er sich alternativlos ausgeliefert sieht. Der herrschende Sozialtyp der modernen „Industriegesellschaft“ ist der „außengesteuerte Mensch“, den Riesman<sup>11</sup> „sozusagen (als) den radarmäßigen Reizaufnehmer und Reizverwerter beschreibt“.<sup>12</sup> Sein Ethos besteht in der Entpersönlichung; als „Schnittpunktexistenz“ (Gehlen) und Funktionsträger ist er Teil des modernen Gemeinwesens, das sich seinerseits in einem hohen Grad zu einer Apparatur verwandelte, „die eingeschränkte, arbeitsteilige und zugemutete Leistungen“ erfordert.<sup>13</sup> In diesem „Technischen Staat“ kann von einer Herrschaft des Menschen über den Menschen nicht mehr die Rede sein. Was zählt, ist die „funktionale Autorität mit einem durchaus akzentuierten Oben und Unten in den Anwendungsbefugnissen“, die sich aus dem „Sachzwang“ des Betriebes oder des Gemeinwesens ergeben.<sup>14</sup> Ferner legitimiert sich der „Technische Staat“ durch seine „sozial-eudämonistischen Erfolge“ und die „störungsfreie Steigerung des Sozialproduktes“.<sup>15</sup>

Diesen „Technischen Staat“ hat Gehlen einmal mit der Formel „stationäre Subventionsordnung der Gesamtgesellschaft“ auf den Begriff zu bringen versucht: „Die Union Gesellschaft-Staat-Wirtschaft ist auf Produktionszuwachs, Umverteilung, Soziale Sicherheit und Internationale Kooperation hin gebaut, sie ist seit zwanzig und mehr Jahren eingelaufen und vollständig irreversibel. Es handelt sich um eine *stationäre Subventionsordnung der Gesamtgesellschaft*. Sie ist, so könnte man sagen, ein Äquivalent der alten Naturordnung: an der Oberfläche durchsichtig, zur Mythenbildung anregend, zur Anpassung zwingend.“<sup>16</sup> Der alte souveräne Staat der bürgerlichen Gesellschaft, so müssen wir diese Formel interpretieren, ist einer vom technischen Prozeß beschleunigten Selbstintegration der „Industriegesellschaft“ gewichen. Einerseits hat die Union Gesellschaft und Wirtschaft eigene Steuerungsorgane entwickelt, die, getragen von machtvollen Willensträgern wie den Arbeitgeberverbänden,

8 Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, Hamburg 1976, S. 36.

9 A. a. O., S. 24.

10 A. a. O., S. 39.

11 Vgl. David Riesman, Die einsame Masse, 9. Auflage, Hamburg 1965.

12 Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung. Zur Selbstbegegnung und Selbstentdeckung des Menschen, Reinbek bei Hamburg 1961, S. 127.

13 Gehlen, Die Seele ... (Anm. 8), S. 109.

14 Gehlen, Anthropologische Forschung (Anm. 12), S. 130.

15 Arnold Gehlen, Industrielle Gesellschaft und Staat, in: ders., Einblicke (Anm. 1), S. 118.

16 Arnold Gehlen, Die Chancen der Intellektuellen in der Industriegesellschaft, in: ders., Einblicke (Anm. 1), S. 271.

den Gewerkschaften, Beamtenbund etc., den staatlichen Handlungsbedarf drastisch einschränken.<sup>17</sup> Andererseits kann der wissenschaftlich-technische Fortschritt, auf dem der Produktivitätszuwachs beruht, die Imperative des Sozial- und Wohlfahrtsstaates nur dann erfüllen, wenn Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften im sozialen Frieden die oberste Maxime ihres Handelns sehen. Diese Selbststabilisierung der „Industriegesellschaft“ wird noch dadurch gestützt, daß sich die großen Verbände, insbesondere die organisierten Interessen von Kapital und Arbeit, in einem stationären, wenn auch spannungsreichen Machtgleichgewicht zueinander befinden. In dem Maße aber, wie die sozio-technischen SuperStrukturen den „gestaltlosen, gefährlichen und zur Anarchie bereiten Pluralismus“ absorbieren, braucht der Staat nicht mehr „durchgreifende und rigorose Machtmittel bereitzustellen“<sup>18</sup>: Dieser Staat der „Industriegesellschaft“, der vor allem ein gigantischer, den sozialen Frieden als Voraussetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts garantierender Umverteilungsstaat ist, kommt mit schwachen Kompetenzen aus, weil nicht er, sondern die „Industriegesellschaft“ selbst der „harte Kern des heutigen sozialen Ganzen“ ist.<sup>19</sup>

## II.

Dieses Szenario eines von sozio-technischen SuperStrukturen geprägten Gesellschaftsbildes hat Martin Greiff enhagen zu Recht als „technokratischen Konservatismus“ bezeichnet.<sup>20</sup> Er unterscheidet sich von den älteren Varianten des Konservatismus, die von vorindustriellen Leitbildern ausgingen, durch die Einsicht, „daß die Industriekultur ein System eigener Gesetzlichkeit ist und daß sie zur Lebensform der ganzen Erde zu werden im Begriff ist. Das ist kein Kotau vor den Tatsachen, sondern eine legitime historische Einsicht.“<sup>21</sup> Für den älteren technokratischen Konservatismus sind denn auch die klassischen Begriffsschemata konservativen Denkens in Deutschland wie Zivilisation gegen Kultur, Technik gegen Seele, Mensch gegen Masse überholt. Gleichwohl bricht er nicht grundsätzlich aus dem konservativen Traditionszusammenhang aus: Er „erneuert“ ihn lediglich, indem er seine historischen Motivationen mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt in Einklang bringt. Zunächst erscheint in diesem Zusammenhang wichtig, daß das technokratische Interpretationsmuster wie seine Vorgänger der Gegenaufklärung verhaftet bleibt: „Das Zeitalter der Aufklärung scheint uns abgelaufen“, schreibt Gehlen, „ihre Prämissen sind tot, aber ihre Konsequenzen laufen weiter.“<sup>22</sup> Dieser Satz enthält den Schlüssel zum Verständnis der Absichten des technokratischen Konservatismus. Einerseits wird die emanzipatorische Stoßrichtung der Aufklärung, „daß die in allen Menschen gleiche Vernunft

---

17 A. a. O., S. 270.

18 Gehlen, Die gesellschaftliche Situation (Anm. 3), S. 45.

19 Ernst Forsthoff, Der Staat der Industriegesellschaft. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, München 1971.

20 Vgl. Martin Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971, S. 302 ff.

21 Freyer, Über das Dominantwerden... (Anm. 7), S. 551.

22 Gehlen, Die Seele ... (Anm. 8), S. 76.

aus ihren eigenen Mitteln zu nichttrivialen Erkenntnissen vorstoßen könne“ und daß die menschliche Natur vernunftfähig sei, als nicht mehr nachvollziehbares Dogma denunziert.<sup>23</sup> Andererseits wird aber das technokratisch verkürzte Erbe der Aufklärung in Gestalt des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beziehungsweise der instrumentellen Vernunft (Horkheimer) ausdrücklich angetreten und deren Resultat, die sozio-technischen Superstrukturen, zum unübersteigbaren Hindernis menschlicher Emanzipation stilisiert.<sup>24</sup>

Der Absage des technokratischen Konservatismus an die (unverkürzte) Aufklärung entspricht seine Option für ein fundamental negatives Menschenbild, das, in Anlehnung an Nietzsche, im Menschen „das in sich nicht festgestellte, zur Chaotik, zur Ausartung bereite Tier“<sup>25</sup> sieht. Rettung vor sich selbst und vor den anderen findet der einzelne nur, wenn er sich dem institutionellen Rahmen der sozio-technischen Superstrukturen unterwirft. Gäbe es sie nicht, würde „die ganze elementare Unsicherheit, die Ausartungsbereitschaft und Chaotik im Menschen freigesetzt“ werden.<sup>26</sup> In gewisser Weise ist die Verbindung von negativer Anthropologie und Institutionalismus das Kernstück des technokratischen Konservatismus. Die Aufklärung sah es als selbstverständlich an, daß das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung und Glück das Kriterium ist, vor dem sich die Institutionen zu rechtfertigen haben.<sup>27</sup> Der technokratische Konservatismus argumentiert genau umgekehrt: Die „Superstrukturen“ und die aus ihnen folgenden, zu Institutionen geronnenen „Sachzwänge“ schreiben den Rahmen vor, innerhalb dessen die Fragen nach dem Sinn und der Selbstverwirklichung der individuellen Existenz gestellt werden dürfen.<sup>28</sup> Im übrigen akzeptiert der technokratische Konservatismus die „funktionale Autorität“ der Experten als eine nicht hinterfragbare Größe: Ihr gegenüber wird bekanntlich nach Schelsky im „Technischen Staat“ die Demokratie zu einer „leeren Hülse“.<sup>29</sup> An die Stelle des demokratischen Postulats der Teilhabe aller am politischen Willensbildungsprozeß treten Kompetenzhierarchien, deren Strukturen „härter“ sind als die der Ständegesellschaft des vorindustriellen Zeitalters.<sup>30</sup>

Es steht außer Frage, daß ungeachtet aller berechtigten Kritik an der analytischen Schärfe des technokratischen Interpretationsmusters<sup>31</sup> seine normativ-legitimatorische Bedeutung für die Zeit des sogenannten „Wirtschafts-

23 Ebd.

24 Vgl. exemplarisch Freyer, *Der Geist...* (Anm. 2), S. 189 f.

25 Gehlen, *Anthropologische Forschung* (Anm. 12), S. 23.

26 A.a.O., S. 23 f.

27 Vgl. hierzu Richard Saage, *Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik*, in: ders., *Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie*, Frankfurt 1983, S. 243.

28 Vgl. z. B. Hans Freyer, *Entwicklungstendenzen und Probleme der modernen Industriegesellschaft*, in: *Die Industriegesellschaft in Ost und West. Konvergenzen und Divergenzen*, hrsg. v. Institut für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz, Mainz o. J., S. 29 f.

29 Helmut Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Köln und Opladen 1961, S. 32.

30 Vgl. Armin Mohler, *Der Konservative in der technischen Zivilisation*, in: ders., *Von rechts gesehen*, Stuttgart 1974, S. 32.

31 Vgl. hierzu Claus Koch und Dieter Senghaas (Hrsg.), *Texte zur Technokratiediskussion*, Frankfurt am Main 1970.

wunders“ in den fünfziger und sechziger Jahren nicht unterschätzt werden darf. Das suggerierte Bewußtsein, die Gesellschaft der Bundesrepublik befinde sich im „nachhistorischen“ Zeitalter, kam einer „Bewältigung“ des Dritten Reiches entgegen, die dessen Verstrickung mit kapitalistischen Strukturen sorgsam auszuklammern suchte, da deren Funktionsträger erneut führende Positionen in der Wirtschaft übernommen hatten. Jedenfalls legten die zentralen Begriffe des technokratischen Konservatismus nahe, daß die Bedingungen, die aus bürgerlicher Sicht zum Faschismus führten, nämlich Klassenkampf und die Gefahr des Sozialismus, von der politischen Tagesordnung gestrichen waren. Der altbundesrepublikanische Konsens wurde also in der Annahme bestärkt, daß in der Nachkriegsgesellschaft von faschistischen Dispositionen nicht mehr gesprochen werden könne. Auch ließ sich die technokratische Theorie der Selbstintegration der industriellen Gesellschaft als getreues Abbild des Verbandspluralismus und der Konkurrenz-Demokratie der bundesrepublikanischen Gesellschaft interpretieren. Da alle bedeutenden Partikularinteressen auf den Primat der Produktionssteigerung festgelegt zu sein schienen, konnten einerseits die Gewerkschaften anerkannt und andererseits auf die ungehemmten Machtmittel des autoritären Staates weitgehend verzichtet werden, ohne daß der Status quo der sozio-ökonomischen Machtverhältnisse grundsätzlich gefährdet war. Und nicht zuletzt knüpfte der technokratische Konservatismus an zentrale Motivationen der Wiederaufbau-Mentalität der unmittelbaren Nachkriegszeit an: Auf der einen Seite griff er auf die weitverbreitete Wissenschafts- und Technikgläubigkeit zurück, die, technischen und gesellschaftlichen Fortschritt gleichsetzend, von der Annahme ausging, für jedes anliegende Problem gebe es eine angemessene (technische) Lösung. Auf der anderen Seite nahm er die klassen- und schichtenübergreifenden Interessen an der Steigerung und Sicherung des Lebensstandards als wichtiges Element seiner Theoriebildung ernst. So gesehen, prägte er zweifellos wichtige Legitimationsmuster der bundesrepublikanischen Gesellschaft in der Phase ihres Wiederaufbaus.

### III.

Wenn es zutrifft, daß der Begriff „Technischer Staat“ seit Saint-Simon zu keinem Zeitpunkt ausschließlich ein analytisches Konzept gewesen ist, sondern immer auch dazu diente, eine massenwirksame politisch-geistige Vorherrschaft zu begründen, stellt sich die Frage, welchen Stellenwert er unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik hat. Daß der Begriff „Technischer Staat“, wie der ältere technokratische Konservatismus ihn verwandte, ab Anfang der siebziger Jahre in eine Krise geraten ist, kann kaum bestritten werden. Spätestens in dem Augenblick, in dem Stichwörter wie „Grenzen des Wachstums“, „Ökologiekrise“, „Massenarbeitslosigkeit“, „Technikfeindlichkeit“, „Wertewandel“ etc. die öffentliche Meinung beherrschten und sich massenhafter Protest gegen die sogenannten „Sachzwänge“ der „wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ erhob, mußte der Prozeß seiner Entmythologisierung einsetzen. Soweit zu sehen ist, existieren

in der Bundesrepublik zwei Entwicklungslinien, die von seinem Zerfall ihren Ausgang nehmen. Einerseits ist die Tendenz zu beobachten, den gesteigerten Integrationsbedarf der bunderepublikanischen Gesellschaft, der aus der Abschwächung früherer Konsensmechanismen (Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, Technikgläubigkeit etc.) folgt, durch autoritäre Lösungen zu ersetzen: Diese „Rückkehr zum starken Staat“, der einer Renaissance des Freund-Feind-Denkens entspricht<sup>32</sup>, kann an dieser Stelle nicht weiterverfolgt und diskutiert werden. Andererseits ist jedoch festzustellen, daß besonders auf politisch-praktischer Ebene an dem Begriff „Technischer Staat“ der Sache nach festgehalten wird, wenn auch in abgewandelter insbesondere den neuen Technologien Rechnung tragender Weise. Diese Entwicklungslinie wird im folgenden zu skizzieren sein.

Die Kontinuitäten, die das aktuelle Konzept des „Technischen Staates“ mit seinem Vorgänger verbinden, lassen sich rasch aufzählen: Nach wie vor gut das Bekenntnis der älteren Variante, das Franz-Josef Strauß einmal auf die prägnante Formel brachte: Konservativ sein bedeute, „an der Spitze des (technischen) Fortschritts zu marschieren“.<sup>33</sup> Auch bleibt der Kapitalismus in der neuen Version eine ebenso nicht hinterfragbare Größe, wie sie an der ihr entsprechenden antisozialistischen Stoßrichtung des älteren Begriffs festhält. Dem entspricht, daß unverändert der technokratische Grundsatz in Kraft bleibt, wonach die jeweilige *Grundtechnologie* den Charakter einer Gesellschaft prägt<sup>34</sup>: Die neuen Techniken brechen sich als „Motor“ der gesellschaftlichen Entwicklung Bahn, ohne daß erklärungsbedürftig erscheint, in welcher ökonomischen, sozialen und politischen Form sie der Durchsetzung konkreter Interessenlagen dienen. Fortgeschrieben wird auch die seit Saint-Simon zu beobachtende Tendenz des „Technischen Staates“, die Masse der lohnabhängigen Arbeitnehmer von der Mitbestimmung an der Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auszuschließen und in dem Maße, wie der soziale Konflikt geächtet wird, den „Versöhnungsgedanken . . . zum tragenden Stilprinzip gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu machen“.<sup>35</sup> Gleichzeitig bleibt das „Vertrauen“ in die „Kompetenz der fachlich jeweils zuständigen Zivilisationsgenossen“ als der „Sozialkitt in der technischen Zivilisation“ eine, wenn nicht *die* zentrale Größe: sie überlagert demokratische Kontrollmechanismen um so nachhaltiger, „je mehr die Evidenz unserer Abhängigkeit von zuverlässig erbrachten Leistungen anderer zunimmt“.<sup>36</sup> In gewisser Weise stiften diese Konstanten die Identität des Begriffs „Technischer Staat“; zugleich sind sie die Ursachen dafür, daß sich der Bedeutungsgehalt dieses Begriffs unter veränderten Rahmenbedingungen auf anderen Ebenen charakteristisch wandelte. Doch wie lassen sich diese Wandlungen charakterisieren?

32 Vgl. hierzu Saage, Rückkehr zum starken Staat? (Anm. 27), S. 7 - 24 sowie S. 228 - 282.

33 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 16.12.1968, S. 3.

34 Vgl. hierzu den Bericht der Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“, erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 148; im folgenden „Zukunftsperspektiven“.

35 Lothar Späth, Gegen den Ruch ewiger Unzufriedenheit. Auszüge aus Lothar Späths Buch „Wende in die Zukunft“, in: Der Spiegel, Nr. 41/1985, S. 85.

36 Zukunftsperspektiven (Anm. 34), S. 27.

Stark vereinfacht ausgedrückt, sind fünf Schwerpunkte zu erkennen, die die Differenz zwischen dem alten Begriff „Technischer Staat“ und seiner neueren Variante markieren:

1. Der Mythos der Maschinen- und Fließbandtechnik wird durch den Silicon-Valley-Mythos ersetzt. Gemeint ist der Glaube, daß der verstärkte Einsatz der neuen Technologien die großen Probleme der ersten und zweiten industriellen Revolution löst, nämlich Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit und Arbeitsplatzvernichtung. Vorherrschend ist die These: „Die neuen Technologien sind umweltschonend, ja umweltfördernd. Das gilt bereits für die Mikroelektronik und Optoelektronik, die in großem Umfang Rohstoffe und Energie sparen helfen. Und das wird vor allem für die Biotechnologie gelten, die alte umweltbelastende Produktionsverfahren durch ‚natürliche‘, umweltverträgliche Verfahren ablösen wird. Wer die neuen Techniken vorantreibt, kann also auch den Umweltschutz vorantreiben.“<sup>37</sup> Auch wird als ausgemacht unterstellt, daß der Einsatz der Mikroelektronik zwar Arbeitsplätze wegrationalisiert; gleichzeitig erschließen sie aber neue Beschäftigungsmöglichkeiten, die die technikabhängigen „Freisetzungseffekte“ mehr als ausgleichen. „Eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit“, so lautet ein Standardargument, sei nur dann zu befürchten, „wenn unsere Volkswirtschaft in Forschung und Innovation nicht mithalten würde und wenn wir so bei den neuen Produkten zu Nettoimporteuren würden“.<sup>38</sup> Ohne Zweifel hat dieses Plädoyer für die Einführung der neuen Technologien einen rationalen Kern: deren Fortschrittlichkeit kann, wenn sie im Interesse der lohnabhängigen Beschäftigten kontrollierbar bleibt, nicht bezweifelt werden. Mythologische Qualität gewinnt sie erst dadurch, daß sie die unerwünschten Nebeneffekte der neuen Techniken verschweigt. So spricht vieles dafür, daß sie Arbeitsplätze im großen Stil vernichten werden, wenn nicht Ausgleichsmechanismen greifen, die eine gerechte Verteilung der Arbeit garantieren.<sup>39</sup> Auch ist kaum zu bezweifeln, daß die Computer-Industrie in Kalifornien Umweltschäden in einer Größenordnung verursacht, die denen der traditionellen Technologien durchaus vergleichbar sind.<sup>40</sup> Und offenkundig ist auch, daß die Gen- und Biotechnologie Unumkehrbarkeiten schaffen wird: Schließlich bleiben Bakterien, die Ölteppiche auffressen, „in der Welt und lassen sich nicht zurückholen“.<sup>41</sup>

2. In der neueren Variante des „Technischen Staates“ hat das Sachzwang-Argument einen anderen Stellenwert bekommen. Hans Freyer zufolge ent-

---

37 Hans-Dietrich Genscher, Die technologische Herausforderung, in: Außenpolitik 1/1984.

38 Ebd. Vgl. auch Lothar Späth, Rede zur Eröffnung des Kongresses „Zukunftschancen eines Industrielandes“, in: Protokoll des Kongresses „Zukunftschancen eines Industrielandes“, 14. u. 15.12.1982, hrsg. v. Staatsministerium, Stuttgart 1983 sowie ders., „Unsere Krise ist das Selbstverständnis von gestern“, in: Stuttgarter Zeitung vom 31.12.1983.

39 Vgl. hierzu Horst Kern und Michael Schumann, Rationalisierung und Arbeiterverhalten. Gedanken zu einer Folgestudie zu „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“, in: Rodrigo Jokisch (Hrsg.), Techniksoziologie, Frankfurt 1982, S. 368 ff.

40 Vgl. den desillusionierenden Bericht von Peter Schille, Die dreckige Arbeit am sauberen Chip, in: Der Spiegel, Nr. 33/1985.

41 Heinz Riesenhuber, Die neuen Techniken müssen jedermann verständlich gemacht werden, in: VDI (Hrsg.), Technischer Fortschritt sichert die Zukunft, Deutscher Ingenieutag, Mai 1985 in Stuttgart, Düsseldorf 1985.

stand das „sekundäre System“, das identisch ist mit künstlicher Natur oder zweiter Realität, als die menschliche Arbeit durch die Maschine transformiert wurde: „Der Mensch bedient sich der Maschine nicht“, so Freyer, „sondern er bedient sie. Er tritt unter ihr Gesetz.“<sup>42</sup> Diese Argumentationsfigur, die sich stark an den industriellen Strukturen des 19. und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts orientierte, gilt als überholt. Mit der Einführung der neuen Technologien erscheint vielmehr die „harte Konfrontation zwischen Mensch und Maschine“ aufhebbar; sie ermöglicht „Optionen zur Gestaltung einer aus der Sicht der Betroffenen ‚weicher‘ zu gestaltenden Technik“.<sup>43</sup> Zwar hat der Gesichtspunkt größter Effizienz nach wie vor absoluten Vorrang. Doch kommt es jetzt in seinem Sinne „in erheblich größerem Umfang“ als bisher darauf an, „soziale und technische Organisation entsprechend den persönlichen Bedürfnissen aufeinander abzustimmen bei gleichzeitiger Erhöhung des qualitativen Potentials in der Aufgabenerfüllung“.<sup>44</sup> Dennoch wird die Kategorie des „Sachzwanges“ nicht fallengelassen. Zwar gilt er nicht länger mehr als disziplinierender Entfremdungszusammenhang, der notwendig aus den neuen Technologien folgt, sondern umgekehrt: Deren Einführung und Akzeptanz wird durch den „Sachzwang“ der internationalen Konkurrenz begründet: „Unser Land und Westeuropa im ganzen“, so lautet ein immer wiederkehrendes Argument, „können ihren Wohlstand nur halten und vermehren, wenn sie den Anschluß an die von den USA und Japan ausgehende ‚dritte industrielle Revolution‘ gewinnen . . . Wer hier nicht mithalten kann, gerät in Gefahr, auf die Dauer nirgends mehr mithalten zu können.“<sup>45</sup>

3. Der ältere Begriff „Technischer Staat“ ging von der Voraussetzung aus, „daß sich im technischen Zeitalter die Geschichte vollende“: ein, wie Forsthoff bemerkte, „eminent moderner Gedanke“.<sup>46</sup> Demgegenüber verabschieden die technokratischen Neokonservativen die Vorstellung Gehlens, die wissenschaftlich-technische Zivilisation habe „alle ihre Möglichkeiten durchgespielt“.<sup>47</sup> Für sie ist im Gegenteil die Überzeugung charakteristisch, daß mit dem Siegeszug der neuen Technologien ein neues Zeitalter mit qualitativ neuen sozio-technischen und sozialen Strukturen beginnt. „Es handelt sich um einen analogen qualitativen Sprung wie der Übergang von der zentralen Antriebseinheit, Mühlrad oder Dampfmaschine der Gründerzeit, zu dezentral einsetzbaren Elektromotoren in der industriellen Fertigung.“<sup>48</sup> Die Anwendung der neuen Techniken beende das Zeitalter der großen industriellen Betriebseinheiten. Es tue „sich ... ein gewaltiger Spielraum (auf) für innovationsfreudige und flexible Klein- und Mittelbetriebe, aber auch Neugründungen“.<sup>49</sup> Diese Entwicklung leite das Ende der „sozialdemokratischen

42 Hans Freyer, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, 2. Auflage, Stuttgart 1956, S. 36.

43 *Zukunftsperspektiven* (Anm. 34), S. 169.

44 A. a. O., S. 171.

45 Genscher, *Die technologische Herausforderung...* (Anm. 37); vgl. auch Späth, *Rede...* (Anm. 38) sowie ders., „Unsere Krise ...“ (Anm. 38).

46 Forsthoff, *Der Staat...* (Anm. 19), S. 39.

47 Kurt Lenk, *Theorie des Topos „Technischer Staat“* (Manuskript, Sommer 1985), S. 1.

48 *Zukunftsperspektiven* (Anm. 34), S. 171.

49 Ebd.

Epoche“ ein. Ihr Signum sei die „Vermassung“ gewesen, charakterisiert durch „standardisierte Massenproduktion, Massenmedien, die zur gleichen Stunde die gleichen Programme an Millionen von Fernsehzuschauern“ sendeten und schließlich den „Trend zur Vereinheitlichung der Lebensweisen, zur Außenleitung des Menschen, zum Konformismus“.<sup>50</sup> Demgegenüber zeichne sich das „neue Zeitalter“ durch das Vorherrschen der mittleren und kleineren Unternehmen, individualisierte Produktion, individualisierte Lebensstile, interaktives Fernsehen etc. aus. Dem vorherrschenden „Sozialcharakter“ werden Eigenschaften wie Eigenverantwortung, Unternehmergeist und Risikobereitschaft zugesprochen. Dieses Bild des „neuen Menschen“, das an den frühkapitalistischen Industriebionier erinnert, steht in einem merkwürdigen Gegensatz zum kulturpessimistischen Fatalismus des älteren technokratischen Konservatismus: Es geht nicht nur mehr darum zu vollziehen, was ohnehin geschieht (Schelsky). Gefragt ist vielmehr der Mut zur technologischen Innovation innerhalb der gegebenen sozio-ökonomischen Strukturen.

4. Im Zentrum der gesellschaftlichen Integrationsmechanismen des älteren Begriffs „Technischer Staat“ stand die Vorstellung, daß wachsende Arbeitsteilung und gesteigerte Wohlstandserwartungen die „naturwüchsige“ Verinnerlichung jener Sekundärtugenden begünstigen würde, die zum Funktionieren der „wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ unabdingbar sind: Loyalität, Leistungsbereitschaft, Pflichtgefühl etc. Dieser Erwartung begegnen technokratische Neokonservative mit Skepsis. Zwar wird die Bedeutung „instrumenteller Werte und Fähigkeiten“ nach wie vor betont, die sich mit Begriffen wie „Frustrationstoleranz“, „Rollendistanz“ und „Fähigkeit zum Aufbau von Handlungspotential“ etc. kennzeichnen läßt.<sup>51</sup> Doch herrscht die Überzeugung vor, daß das, „was in der Alltagskultur vorhanden ist und von ‚selbst‘ wächst“<sup>52</sup>, nicht ausreicht, um die Anpassung an die Komplexität des „Technischen Staates“ zu erreichen. Auf der Tagesordnung steht demgegenüber eine „Wertkulturpolitik“<sup>53</sup>; sie hat im wesentlichen zwei Aufgaben zu erfüllen. Auf der einen Seite muß sie besonders im Erziehungsbereich die Einübung der Pflicht- und Akzeptanzwerte vorantreiben, ohne die eine Reproduktion des „Technischen Staates“ nicht möglich wäre. Auf der anderen Seite hat sie die Selbstentfaltungswerte in Rahmenbedingungen einzubinden, die durch die Alltagskultur vorgegeben sind: Verwiesen wird vor allem auf die „Selbstverwirklichung“ der einzelnen in Feuerwehren, Chören, Schützenvereinen und Schrebergärten: „Sind einmal“, so heißt es im „Bericht“ der Späth-Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“, „die Salatpflanzen ... gesetzt, so wollen sie begossen sein und daß sie gedeihen, ist über erhebliche Zeiträume hinweg eine verlässliche Quelle von Dauerfreuden“.<sup>54</sup>

50 Hans-Dietrich Genscher, Zukunftschancen für eine freiheitliche Gesellschaft, in: Frankfurter Rundschau v. 4. 5. 85.

51 Zukunftsperspektiven (Anm. 34), S. 45.

52 Ebd.

53 Ebd.

54 A. a. O., S. 36.

5. Dem älteren Begriff „Technischer Staat“ lag ein Politikverständnis zugrunde, das von *Gestaltungsfunktionen* weitgehend abstrahierte. Im Grunde genommen ging es nur noch darum, eine laufende Apparatur sachgemäß zu bedienen.<sup>55</sup> Von einer solchen Beschränkung der Politik kann im technokratischen Neokonservatismus nicht mehr ausgegangen werden. Vielmehr läßt das fortgeschrittenste konservative Modernisierungskonzept, wie es vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth vertreten wird, die Umrisse eines Politikmodells erkennen, das den Anspruch auf bewußte Gestaltung der Rahmenbedingungen der neuen Technologien erhebt. Der Staat reagiert nicht nur auf sie, sondern er schafft für ihre Einführung die notwendige Infrastruktur. Seine Aktivitäten reichen von der Technologieberatung und dem Technologietransfer für kleinere und mittlere Unternehmen über die Einrichtung von Technologieparks- und -fabriken im Umkreis geeigneter Universitäten bis hin zur Fusion großer Betriebe wie Daimler und Dornier, wenn es gilt, den Anschluß an die technologische Entwicklung zu sichern. Allerdings hat sein Gestaltungswille auch definitive Grenzen: er beeinflußt nicht die *Inhalte* der von den neuen Technologien hergestellten Produkte; die Entscheidung über ihre gesellschaftliche Nützlichkeit wird dem Markt überlassen. Entsprechendes gilt auch für die Planung der neuen Technologien selbst, an der - unter Ausschluß der Gewerkschaften und der oppositionellen Parteien - nur die Vertreter der Wirtschaft mit dominierendem Einfluß, des Staates und der Wissenschaft beteiligt sind.<sup>56</sup> Diese Selbstbeschränkung des „Technischen Staates“ neuer Prägung ist eines seiner prägnantesten Merkmale. „An einer wagnisorientierten unternehmerischen Entscheidung vorbei“, so lautet die zum Dogma erhobene Maxime, „führt kein verlässlicher technokratischer Weg zum wirtschaftlichen Erfolg“.<sup>57</sup>

Die Umrisse des „Technischen Staates“ der Zukunft, wie sie der Neokonservatismus in Aussicht genommen hat, lassen an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig. Diejenigen, die ihn propagieren, so kann zusammenfassend festgestellt werden, streben im Zeichen unternehmerischer Initiative und der Forcierung des technologischen Fortschritts einen massiven Abbau des Sozialstaates, die Aushöhlung des Tarifvertragswesens und der einheitlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer, die Einschränkung des Streikrechts und des Kündigungsschutzes sowie die Reduktion der Lohnnebenkosten an. Sie wissen, daß er nur durchsetzbar ist, wenn die Amerikanisierung beziehungsweise Japanisierung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit gelingt. Ob sie Erfolg haben werden oder ob ihre „Vision“ des „Technischen Staates“ eine bloße konservative Utopie bleibt, ist abzuwarten. Fest steht freilich, daß der geplante Umbau der Gesellschaft ohne die Zustimmung derjenigen scheitern muß, die die sozialen Kosten des „Technischen Staates“ neuer Prägung werden tragen müssen.

<sup>55</sup> Vgl. Schelsky, *Der Mensch...* (Am. 29), S. 26.

<sup>56</sup> Zur neokonservativen Modernisierungskonzeption vgl. Lothar Späth, „Man muß allen etwas wegnehmen“, in *manager magazin* 7/85, S. 41 - 43. Zur Kritik an diesem Ansatz vgl. Richard Saage, *Staat, Technik und Gesellschaft im Neokonservatismus*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 9/1985, S. 571 - 576.

<sup>57</sup> *Zukunftsperspektiven* (Anm. 34), S. 119.